

Offener Brief an die Mitglieder der Ratinger Jonges und alle die es interessiert.

Leeve Jonges,

als langjähriges Mitglied bin ich gerade erschrocken über die aktuelle Entwicklung unseres Vereins rund um die Causa Ulrich, die für mich übrigens eher eine Causa Fleermann ist.

Wie es aussieht, verabschieden wir uns gerade von unseren Prinzipien der Überparteilichkeit und politischen Neutralität, und da gehe ich nicht mit.

Offenbar reicht eine sozialmedial inszenierte Empörungsmaschinerie aus, um gewachsene Grundpfeiler, nicht nur unserer Gemeinschaft, außer Kraft zu setzen.

Und davon muss man hier wohl sprechen, wenn eine einfache Mitgliedschaft, die seit fast einem Jahr geräuschlos besteht, plötzlich und ohne unmittelbares Fehlverhalten gekündigt wird. Das beschädigt vor allem unseren Verein, denn es bedeutet, dass wir unseren eigenen Aufnahmeprozess für untauglich erklären.

Eine solch fundamentale Umwälzung braucht meines Erachtens erstens belastbare Gründe, und zweitens bedarf sie der Entscheidung einer breiten Basis, also der Mitgliedschaft statt nur des Vorstandes.

In jedem Fall müssten für eine solch drastische Maßnahme zwingend folgende Fragen beantwortet werden:

- Aus welchem Grund revidiert der Vorstand seine eigene Entscheidung und damit das Ergebnis eines sicherlich seriösen Abwägungsprozesses?
- Hat das nun „entlassene“ Mitglied im Verein in irgendeiner Weise politisch gewirkt oder irgendwelche Ambitionen in Richtung Vorstandsamt, Meinungsführerschaft oder Einflussnahme auf die Vereinsausrichtung gezeigt?
- Wann und wie hat es sich vereinschädigend verhalten?
- Wieso reagiert man im Sinne eines freiwillig scheidenden Mitglieds (Fleermann), das mit der Art seines Ausscheidens gezielt verbrannte Erde hinterlässt?

Nachdem die Beantwortung dieser Fragen vermutlich die vom Verein gewählte Vorgehensweise nicht rechtfertigen dürfte, ein Ausschluss gleichwohl satzungsgemäß mit einer hohen Hürde versehen ist, liegt der Schluss nahe: Der „Grund“ liegt einzig in der Mitgliedschaft des Betroffenen in einer in Deutschland zugelassenen Partei. Diese Mitgliedschaft aber war bereits bei dessen „Aufnahmeprüfung“ bekannt. Und nebenbei bemerkt hat sich seitdem das öffentlich geschaffene Bild der Partei gerichtsfest geändert, sowohl weg von der Einstufung als „gesichert extremistisch“ als auch von den Kernvorwürfen bezüglich des sogenannten „Geheimtreffens“.

Nun geht es hier aber überhaupt nicht um die Verteidigung einer einzelnen Partei oder deren Inhalte, sondern im Gegenteil um den Erhalt unserer politischen Unabhängigkeit als Jonges. Und darum, dass wir, wenn wir daran kratzen, verdammt gute Gründe brauchen.

Die allerdings habe ich im vorliegenden Fall noch nicht gefunden.

Wir Jonges konnten uns immer auf gesunde Selbstreinigungsprozesse verlassen. Mit dem jetzt offensichtlich geplanten, quasi nachträglichen Unvereinbarkeitsbeschluss aber würden wir die wohl wichtigste Säule unserer Gemeinschaft abräumen, nämlich das Unpolitische.

Dabei strotzt der dazu bereits öffentlich kolportierte Entwurf nur so von rhetorischen Nebelkerzen: „Hass und Hetze“, „Abwertung“ oder „als extremistisch gilt“ – das sind ganz schwammige Formulierungen an einer Stelle, an der es sehr präzise, messbare Kriterien bräuchte. Kriterien, die dann eben festgeschrieben werden und universell gelten müssten, und zwar nicht nur in eine politische Richtung.

Das aber scheint nicht sicher, deswegen drängen sich weitere Fragen auf:

- Was gilt unsere Satzung, wenn sie quasi „auf Zuruf“ beziehungsweise unter öffentlichem Druck aufgekündigt werden kann?
- Wenn die politische Neutralität nun faktisch aufgehoben wird, wer definiert dann, was diesbezüglich „okay“ ist und was nicht?
- Und kommt dann als Nächstes vor der Aufnahme ein Gesinnungstest oder eine „politische Aufnahmeprüfung“?

Mein dringender Appell: Wir dürfen uns nicht blenden lassen von dem digitalen Furor einer groß wirkenden, bei Licht betrachtet jedoch überschaubaren und immer gleichen Klientel, die geübt ist im digitalen „Druckmachen“ und deren Wortführer in den meisten Fällen nicht nur keine Vereinsmitglieder sind, sondern allem Bürgerlichen kritisch bis offen feindselig gegenüberstehen und nicht selten jede Form von Heimatpflege und Brauchtum beargwöhnen. Und die offensichtlich eine Agenda haben: das Durchsetzen ihres Absolutheitsanspruchs in möglichst allen Bereichen gesellschaftlichen Lebens.

Jonges, vor diesen Karren sollten wir uns nicht spannen lassen, wie überhaupt vor keinen politischen! „Demokratische Prinzipien“ retten wir nicht, indem wir sie selbst verletzen. Und deswegen haben wir auch keinen Anlass, eine funktionierende Satzung zu ändern.

Vielmehr sollten wir uns Gedanken machen, wie wir künftig besser auf vereinschädigendes Verhalten von außen reagieren beziehungsweise auf das von Ex-Mitgliedern, die statt des internen Gesprächs die sozialmediale Öffentlichkeit suchen.

Herzlichen Dank für eure Aufmerksamkeit

Mark Zeller